

„Wir kämpfen ums Überleben“,

...steht auf den Plakaten griechischer ArbeitnehmerInnen, die sich in einer Streikwelle gegen den von der EU im Namen des Abbaus der Verschuldung geforderten sozialen Kahlschlag erheben: gegen Lohnkürzungen, Stellenstreichungen und Rente mit 67.

Sie streiken und demonstrieren, weil sie nicht bereit sind, für die horrende Staatsverschuldung infolge der Flutung Hunderter Milliarden Staatsgelder zur Rettung der Spekulanten und Banken, die die gleiche EU allen Ländern diktiert hat, mit ihrer Existenz zu zahlen.

Das ist eine Warnung für alle Regierungen, auch für die deutsche, die die Kosten der Krise, der Staatsverschuldung, auf die Bevölkerung, die ArbeitnehmerInnen abwälzen will.

Ausgerechnet das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV (*), das mit seiner Berufung auf das Sozialstaatsprinzip dem Almosenstaat eine Absage erteilt hat, nutzen die Minister der bürgerlichen Regierung, Westerwelle (FDP) und Schäuble (CDU), zu einem demagogischen Feldzug gegen den „ausufernden Sozialstaat“. Doch noch fürchtet die Regierung, Kämpfe zu provozieren, bzw. die Mehrheit in Nordrhein-Westfalen aufs Spiel zu setzen.

Aber die ersten Auswirkungen erleben wir mit der Ruinierung der öffentlichen Haushalte durch die 500 Milliarden und noch immer neue Milliarden für die Rettungspakete für die Banken und Spekulanten, durch die jahrelangen Steuergeschenke an die Reichen, das Wachstums- (Verschuldungs-) Beschleunigungsgesetz der bürgerlichen Regierung und die Bedienung ihrer Spendenklientel.

Hinzu kommen die wachsenden Kosten für soziale Leistungen, die die Kommunen aufbringen müssen, weil die großzügige Befreiung der Unternehmer von Sozialabgaben nicht nur die ArbeitnehmerInnen direkt, sondern auch die öffentlichen Haushalte und besonders die der Kommunen belastet. Durch die Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme und den Abbau ihrer Leistungen werden „Millionen von Geringverdienern und Rentnern zu bedürftigkeitsgeprüften Bittstellern des Staates gemacht“, warnt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die

Sozialausgaben der Kommunen machen inzwischen fast ein Viertel der kommunalen Ausgaben aus, wobei eben besonders die Wohnkosten für Hartz-IV-Empfänger, Sozialhilfe, Jugendhilfe und die Grundversicherung für Ältere ins Gewicht fallen. Für die sog. freiwilligen Leistungen wie Jugend- und Kindereinrichtungen bleibt ohnehin kein „finanzieller Spielraum“.

Die „Haushaltsnot“ zwingt die Kommunen, auch die noch vorhandenen Reste der Öffentlichen Daseinsvorsorge abzustößen, zu liquidieren oder zu privatisie-

„In dieser Situation nimmt die Verteidigung der Öffentlichen Daseinsvorsorge, der Reste der noch erhaltenen sozialstaatlichen Lebensgrundlagen unserer Städte und Gemeinden, einen zentralen Platz ein“, schreiben die GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen, die zu der Konferenz am 13. März in Bochum eingeladen haben.

„Wir meinen, dass wir engagierte Kollegen und Kolleginnen uns deshalb trotz aller Schwierigkeiten entschließen müssen, in eigener Verantwortung die politische

Initiative für die Organisation des Kampfes zu ergreifen; die Initiative, um die Hindernisse für die unbedingt notwendige Einheit der ArbeitnehmerInnen und ihrer Organisationen im Kampf gegen diese Angriffe zu beseitigen.

Das kann uns zugleich nicht davon abhalten, gegenüber der SPD auch wei-

terhin dafür einzutreten, dass sie sich ihrem historischen Auftrag als Arbeitnehmerpartei stellt und von der gesellschaftlichen Arbeiterbasis auf die Vertretung dieser Forderungen der Verteidigung der sozialen und öffentlichen Leistungen unserer Städte und Gemeinden zur Sicherung der Lebensqualität der arbeitenden Bevölkerung und Jugend verpflichtet wird.

Wir meinen, dass die heutige Situation und die Erfahrungen, die wir alle machen, uns Anlass geben, die aufgeworfenen Fragen zu diskutieren und Antworten herauszuarbeiten.“

Wir rufen unsere LeserInnen auf, diesem Aufruf zu antworten.

CARLA BOULBOULLÉ



Demonstration in Griechenland. Auf den Plakaten: „Wir kämpfen ums Überleben“

ren und die Zahl der Beschäftigten drastisch abzubauen.

Den Beschäftigten wird im gegenwärtigen Tarifkampf das Recht auf Lohnforderungen und Flächentarifverträge abgesprochen – im Namen der leeren Kassen und des drohenden Zusammenbruchs der Kommunen. Mit der Drohung des weiteren Abbaus von Stellen und öffentlicher Dienstleistungen soll ihnen Lohnverzicht abgepresst und die Tariffucht durch Ausgliederungen, wie Vergabe kommunaler Aufgaben, gerechtfertigt werden.

Die griechischen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst erheben sich gegen die geplante Lohnkürzung von 20%. Sie sprechen der sozialdemokratischen PASOK-Regierung die Legitimation ab, das griechische Volk dem EU-Diktat zu unterwerfen, das ihnen ihre Existenzbedingung nimmt.

Die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen in Deutschland sind ebenso wenig legitimiert, die noch erhaltenen sozialstaatlichen Lebensgrundlagen unserer Städte und Gemeinden zu zerstören.

(*) Eine grundlegende Analyse zu den Prinzipien des Sozialstaats und der Bedeutung des Bundesverfassungsgerichtsurteils wird in der nächsten Ausgabe erscheinen.